

Der Maler

Organ des Verbandes der
Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonnabends
Abonnementpreis 1,50 M pro Quartal
bei freier Zusendung unter Kreuzband 2 M

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Hamburg 36, Alster-Terrasse Nr. 10
Fernsprecher: Nordsee 8246

Postkontos:
Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11598

25jähriges Bestehen der Maler-Internationale.

Die in der ersten Juliwoche tagende neunte internationale Konferenz hat sich vor allem mit einer Reihe wichtiger wirtschaftlicher, sozialer und sonstigen fachtechnischen, im Vordergrund unseres Interesses stehenden Fragen zu beschäftigen. Der grosse Umstellungsprozess in Industrie, Handel und Gewerbe vergrössert das Heer der Arbeitslosen, verstärkt den Lohndruck und steigert die Gesundheits- und Unfallgefahren der beteiligten Arbeiter in zunehmendem Masse. Wirtschaftliche und soziale Schäden aller Art, Steuerdruck und Wohnungsnot gefährden den Erfolg unserer Gewerkschaften und den Fortschritt der Arbeits- und Sozialgesetzgebung, wenn nicht alle Kraft nach eingehenden Vorbereitungen zu planmässiger Arbeit gesammelt wird.

Sind wir der allgemeinen Entwicklung der Wirtschaft und des Kulturlebens unterworfen, so haben wir auch die Pflicht, sie zu beobachten und sich ihr anzupassen. Von diesen Erwägungen ausgehend, hat unser internationales Sekretariat zu der vorgesehenen Tagesordnung umfangreiches Material zusammengetragen; damit ist auch eine gute Grundlage geschaffen, von der aus die Verhandlungen zu einem gedeihlichen Ziele führen können. Da die vorhergehende Konferenz beschlossen hat, der in diesem Jahre erfolgenden 25. Wiederkehr des Entstehens der internationalen Beziehungen unter den Malerverbänden und damit des Jubiläums unserer Internationale würdig zu gedenken, wird diese Tagung zugleich eine Jubiläumskonferenz sein, auf der Rückschau auf einen bedeutsamen Abschnitt organisatorischer und kultureller Entwicklung, gleichzeitig aber auch Ausblick auf kommende ernste Zeiten und erfolgverheissende Tätigkeit gehalten werden soll. Dabei wird die vom internationalen Sekretär, Kollegen Str eine, herausgegebene Festschrift allseitig Anerkennung finden, in der alles wichtige Material seit der ersten internationalen Zusammenkunft im März 1903 in Berlin und der späteren Gründung eines Bundes zur Förderung gemeinsamer Ziele, der dann 1911 ein Sekretariat errichtete, bis zum heutigen Stand unserer Internationale zusammengetragen ist.

Nach einer kurzen Uebersicht über das Wesen und den Entwicklungsgang des Maler- und Lackierergewerbes im allgemeinen gibt uns die wertvolle Schrift einen guten Einblick über die Be-

ruftsverhältnisse im Vergleich zur Vorkriegszeit und über die Struktur der Betriebe des Maler- und Lackierergewerbes in den unserer Internationale angeschlossenen 12 europäischen Ländern. Danach waren im April 1927 103 050 Malereibetriebe beziehungsweise selbständige Malermeister vorhanden. Davon beschäftigten in der Regel 50 840 keinen Gehilfen, bis zu 10 Gehilfen 46 860, 11 bis 50 Gehilfen 5240, mehr als 50 Gehilfen 350, mehr als 100 Gehilfen 110 Betriebe. Beschäftigt waren in diesen Malereibetrieben insgesamt 333 300 gelernte und ungelernete Arbeiter.

In dem Kapitel über die 25jährige Aufbautätigkeit des internationalen Sekretariats wird der historische Werdegang von dem Streben der organisierten Arbeiter, dem Berufsgenossen in andern Ländern näherzukommen, übersichtlich dargelegt und festgestellt, dass dem internationalen Zusammenschluss zu praktischer Förderung gemeinschaftlicher Zwecke immer erst ein gewisses Mass selbständiger nationaler Tätigkeit auf gleichem Gebiete vorausgegangen sein muss. Des weiteren wird den Kollegen über alle wichtigen Beratungen und Beschlüsse sämtlicher bisher stattgefundenen Konferenzen ein recht anschauliches Bild gegeben.

In der Schlussbemerkung zu diesem lehrreichen Kapitel wird treffend hervorgehoben, dass eine Gesundung der Volkswirtschaft, sozialer Fortschritt und die Hebung des Kulturlevels der Menschheit nur möglich sind, wenn der Gedanke der internationalen Zusammengehörigkeit in allen Völkern triumphiert. Darum muss die Arbeit auch unserer Berufsunternationale mit wachsendem Eifer auf immer breiterer Grundlage unter steigender Teilnahme all ihrer Glieder betrieben werden. Und so gereicht es uns zur Genugtuung, dass wir gerade jetzt, gewissermassen als Jubiläumsgabe, den offiziellen Anschluss des englischen Verbandes melden können. Wir hoffen, dass dieser Anschluss auch günstige Rückwirkungen auf den schottischen Bruderverband haben wird, mit dem wir gleichfalls engste Verbindung pflegen.

Die Gehilfen eines so typischen Kleingewerbes, wie es das Maler- und Lackierergewerbe nun einmal ist, können organisatorisch nur erfasst werden, wenn man bis in die kleinsten Betriebe und bis an jeden einzelnen Arbeiter herankommt, mit ihm engste Verbindung pflegt und auf seine persön-

lichen Eigenheiten und Wünsche weitmöglichst Rücksicht nimmt. Wir können nicht plötzlich grosse Massen heranholen und wieder abgeben, ohne viel zu verlieren, weil etwa, wie in der Industrie, morgen andere Reservoirs zur Verfügung stehen, aus denen geschöpft werden kann. Dazu sind unsere Berufsangehörigen viel zu dünn gesät. Hier ist jeder einzelne von Wert, und daher können wir nur durch zähe Kleinarbeit — eingestellt auf die Behandlung und Berücksichtigung der Besonderheiten unseres Berufes — reale Fortschritte und einen verhältnismässig guten Organisationsstand erzielen.

Haben unsere Kollegen auch eine von ihren besonderen Berufsverhältnissen beeinflusste Ideologie, so sind sie sich der allgemeinen Pflichten gegen ihre Klasse sowohl national als auch international dennoch voll bewusst. Dass dies immer so bleibt, dazu werden wir durch unsere internationale Zusammenarbeit mit aller Kraft beitragen.

Den interessantesten Abschnitt dieser Festschrift bilden die historischen Uebersichten über die Entstehung und den Entwicklungsgang der unserer Internationale angeschlossenen Bruderverbände in Amerika, Dänemark, Deutschland, England, Finnland, Niederland, Norwegen, Oesterreich, Schottland, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn. Ein grosser Teil der in diesen Ländern an der Spitze der Bewegung tätigen Kollegen ist im Bilde festgehalten.

Zum neunten Male kommen nun in Kopenhagen die Vertreter unserer angeschlossenen Bruderverbände und Berufssektionen am 8. Juli 1928 zu ernster Tagung zusammen. Wir haben die Hoffnung, dass auch diese Konferenz die ihr gestellten Aufgaben im besten Sinne für die Kollegenschaft der angeschlossenen Verbände lösen wird, dass Sachlichkeit, solidarische, kollegiales Empfinden ihr das Gepräge geben und ihre Erfolge sichern werden, in der Ueberzeugung, dass unermüdliche Weiterarbeit nach aussen für unsere weitgesteckten, aber dennoch bei richtiger Ausnutzung unserer durch internationalen solidarischen Zusammenschluss verfügbaren Kraft unschwer erreichbaren Ziele und intensives Wirken für den inneren Ausbau unserer Organisation fernerhin unsere Losung sein muss.

In diesem Sinne entbieten wir den Delegierten zur Jubiläumskonferenz in Kopenhagen ein herzliches Willkommen!

Wirtschaftspolitische Aufgaben der nächsten Zukunft.

Auf dem Bundestage des Bundes der technischen Angestellten und Beamten sprach der bekannte Staatssekretär Professor Dr. Hirsch über: Wirtschaftspolitische Aufgaben des Arbeitnehmers. Der Redner ging davon aus, dass jede Wirtschaftspolitik auf weite Sicht von der grundlegenden Wandlung der Wirtschaft ausgehen müsse, in der die Menschheit sich seit 20 Jahren befindet. Als wesentliche Merkmale der Umwälzung sieht Professor Hirsch die Steigerung der landwirtschaftlichen und industriellen Produktivität und das Sinken der Geburtenzahl. Gewollt oder ungewollt findet ein stärkeres Hineinwachsen der öffentlichen Hand in die Wirtschaftsführung statt. Die wichtigsten Zielpunkte einer arbeitnehmerfreundlichen Wirtschaftspolitik müßten sich richten auf Steigerung der Produktivität, insbesondere auch jeder vernünftigen Rationalisierung in der Herstellung und in der Verteilung der Waren, auf Ueberwachung der Monopole und auf planmässige Konjunktur, und vor allem

Arbeitsmarktpolitik. In folgenden Leitfragen fasste Professor Hirsch die Grundgedanken der wirtschaftspolitischen Aufgaben der Arbeiter und Angestellten in der nächsten Zukunft zusammen. Wir geben die Leitfragen ohne Kommentar wieder, denn sie sprechen für sich selbst. Ihre Beachtung nicht nur bei den Arbeitnehmern, sondern allen maßgebenden Stellen ist das Gebot der Stunde:

1. Zur Bevölkerungspolitik: Steigerung des Arbeitsertrages des einzelnen muß das Ziel jeder Nation sein. Regelung der Geburtenzahl ist darin auf eine lange Sicht eine wichtige Waffe des Arbeitnehmers. Das eiserne Lohngebot zerbricht am Willen zur Teilnahme der Massen an der Kultur.

2. Der Wille zum deutschen Wohlstand muß allgemein werden. Für das Arbeitnehmertum heißt er nach der Sicherung der Daseinsgrundlagen: Vom Kampf ums Dasein zum Ringen ums bessere Kulturdasein. Die Mittel dazu: a) daß Abrüstung nicht das viel verheerende Verderben, sondern Besserung der Lebenshaltung bringt, das lernt Deutschland jetzt allgemein. Wenn Mithras in andern Nationen daraus folgert, daß man um deswillen unsere Reparationslast nicht erleichtern dürfe, so müssen wir

ihnen sagen: Rüstet ab, dann werdet ihr Wohlhabende! b) Das Arbeitnehmertum, auf dessen Schultern vor allem die Last der Reparationen ruht, muß endgültige Festlegung der Summe verlangen, diese darf keineswegs höher sein, als die Verschuldung der Alliierten untereinander selber ist. Freigabe der Pfänder und Freiheit, insbesondere der deutschen Eisenbahnpolitik, ist die nächste, wichtigste Forderung. c) Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität nicht durch die wirkungslosen Zölle, sondern durch weitgehende Unterstützung der Landwirtschaft bei Rationalisierung der Betriebe und Verbilligung ihrer durch Industriezölle unverhältnismässig gesteigerten Produktionsmittel. d) Senkung und baldige Beseitigung der europäischen Zollmauern.

3. Rationalisierung der Weltwirtschaft bedeutet Steigerung des Massenwohlstandes. Die Technik ist in diesem Kampfe der Stoßtrupp. Ihre Ziele sollen sein: a) Was die Maschine wirtschaftlich leisten kann, das soll der Mensch nicht tun. b) Die technische Verbilligung ihrer durch Industriezölle unverhältnismässig gesteigerten Produktionsmittel soll, soweit private Initiative nicht ausreicht, öffentlich gefördert werden. Insbesondere muß der vom Reichswirtschafts-

rat empfohlene Uebergang vom Anmeldeprinzip zum Erfinderprinzip im Patentrecht schleunigst durchgeführt werden. c) Höchste Wirtschaftlichkeit in den Betrieben ist Dienst an der Volkswirtschaft. Das Geschäftsgeheimnis ist zwar meistens ein Geheimnis noch ein Geschäft, aber das größte Hemmnis wirtschaftlichen Fortschritts. Kennzahlen für Kosten und Leistungen der Betriebe für alle wichtigeren Wirtschaftszweige amtlich aufgestellt und die am günstigsten, wie die am ungünstigsten arbeitenden Betriebe öffentlich hervorgehoben werden. d) An dem Ertrag von Wirtschaftsbesserungen durch Lohn und Preis alle Beteiligten teilnehmen zu lassen, muß Wirtschaftspflicht werden. Es darf nicht angängig sein, die Lasten der Rationalisierung dauernd einseitig dem Arbeitnehmer aufzubürden.

4. Planmäßige Produktionspolitik verlangt: a) die Monopole in der Wirtschaft, deren Entstehen in manchen Gebieten unvermeidlich ist, sollten öffentlich unter dem Gesichtspunkt der rationalen Wirtschaftsführung und einer dieser entsprechenden Preisstellung kontrolliert werden. b) Die Weiterbildung unseres Gesellschaftsrechtes verlangt 1. wirkliche weitgehende Offenlegung der Rechnungsführung, 2. die Klarstellung der tatsächlichen Machtverhältnisse innerhalb der Unternehmungen, insbesondere der zuletzt wirklich Verantwortlichen. 3. Ergänzung der Befugnisse der Arbeitnehmeraufsichtsräte zur Nachprüfung der tatsächlichen Geschäftsvorfälle. 4. Die Ueberwindung der Arbeitslosigkeit verlangt a) wegen der künftig zu erwartenden relativen Verknappung der zunehmenden Arbeitskräfte weit mehr planmäßige Lenkung des Arbeitsnachwuchses als bisher. b) In allen Maßnahmen der Konjunkturstabilisierung hat das Arbeitnehmerrecht als wichtigster Risikoträger der Tiefkonjunktur das denkbar größte Interesse. c) Maßnahmen nach dieser Richtung sind insbesondere durch planmäßige Kapitalverwendungspolitik am wirksamsten. Hemmungen der Kapitaleinfuhr, wie sie bisher aus Reparationsgesichtspunkten völlig wirkungslos versucht wurden, sind wirtschaftswidrig. d) Die öffentlichen Aufträge können bei Schwankungen der Wirtschaftskonjunktur die Schlingertanks der Wirtschaft darstellen. Es ist kein Grund ersichtlich, warum nicht auch der Auftragsbestand der privaten Großunternehmungen in gleicher Weise öffentlich bekanntgegeben werden kann, wie es in Amerika geschieht. Arbeitsmarktpolitik, auch hierauf ausgedehnt, würde weitgehend zur Steigerung der Wirtschaft und damit zur Beschleunigung des Fortschritts dienen.

5. Das Arbeitnehmerrecht ist sich darüber klar, daß die Weiterbildung der Wirtschaftsdemokratie zur wirklichen Wirtschaftsführung weitgehende wirtschaftliche Durchbildung in den eigenen Reihen erfordert. Erkenntnis der Betriebswirtschaft, der Volkswirtschaft und des Wirtschaftsrechts sind wichtigste Mittel zur Hebung der Arbeiterklassen aus eigener Kraft.

Gesellschaftlicher Zwang oder persönliche Freiheit.

Der neugewählte Reichstag wird auch darüber zu entscheiden haben, ob der seit längerer Zeit schon vorliegende Entwurf einer neuen Handwerksnovelle, der eine Aenderung der Innungsgesetze und der Gewerbeordnung bezweckt und vom Reichswirtschaftsrat bereits verabschiedet ist, Gesetz werden soll. Da der neue Reichstag dies, jedenfalls nach seiner der Arbeiterklasse geneigteren Zusammensetzung, nicht ohne wesentliche Aenderungen tun wird, besteht auch die Möglichkeit, daß der frühere Entwurf überhaupt zurückgezogen und von vornherein dem Verlangen der Arbeiter nach verstärktem Einfluß auf die öffentlich-rechtlichen Berufsvertretungen in einem neuen Regierungsentwurf Rechnung getragen wird. Trotzdem, oder gerade deshalb ist der Standpunkt der Gewerkschaften zu dem bisherigen Regierungsentwurf sicher von großem Interesse. Diesen behandelt, nach einem Bericht des „Vorwärts“, kürzlich Genosse Schlimme vom ADGB, in einer Versammlung der Berliner Gesellenvereine, der Vertreter der Ortsverwaltungen und Jugendleiter unserer Gewerkschaft, kurz wiedergegeben wie folgt:

Das Reich hat gemäß Artikel 7 Absatz 10 der Reichsverfassung durch die Gesetzgebung für berufliche Vertretungen zu sorgen, um im Sinne des Artikels 164 den selbstständigen Mittelstand in Landwirtschaft, Gewerbe und Handel in Gesetzgebung und Verwaltung zu fördern und gegen Ueber-

Bekanntmachung.

Die notwendige Stellungnahme zum Entwurf einer Invalidenunterstützung und innerorganisatorische Gründe erfordern es, die 21. Generalversammlung nach § 10 der Verbandsstatuten zu Montag, den 1., bis Freitag, den 5. Oktober, nach Stuttgart einzuberufen. — Das Tagungsort wird noch bekanntgegeben. Die vorläufig aufgestellte Tagesordnung lautet:

1. Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten und Wahl der Verhandlungsleitung.
2. Berichte des Vorstandes, des Ausschusses und der Schriftleitung des „Maler.“
3. Wirtschaftliche Tagesfragen.
4. Wichtige Fragen aus dem Arbeitsrecht.
5. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse unserer Berufskollegen in den wichtigsten Kulturländern.
6. Beratung des Entwurfs zu einer Invalidenunterstützung.
7. Beratung der bei den vorstehenden Verhandlungsgegenständen nicht erledigten Anträge.
8. Wahl der Verbandsleitung, des Schriftleiters des „Maler.“ der Bezirksleiter und des Obmannes des Ausschusses.

Die Wahlkreiseinteilung und die Vorschriften zur Wahl der Delegierten werden in Nr. 28 des „Maler“ abgedruckt.

Alle Anträge müssen, wenn sie im Verbandsorgan veröffentlicht und der Generalversammlung gedruckt unterbreitet werden sollen, bis zum 27. August 1928 dem Hauptvorstand zugestellt sein. Anträge, Beschwerden und Entschleunigungen können in die gedruckte Vorlage nur aufgenommen werden, wenn sie von einer Mitglieder- beziehungsweise Delegiertenversammlung anerkannt sind. Die den Anträgen oder etwaigen Entschleunigungen angefügten Begründungen werden nicht mit veröffentlicht.

Die Anträge sind auf besonderen Bogen und nicht zusammen mit andern Mitteilungen einzusenden. Der Vorstand.

lastung zu schützen. Versuche dazu sind in den verflochtenen Jahrzehnten genügend unternommen, und dem Handwerk wurde ganz besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Zunächst hat der Reichstag im Jahre 1924 statt des geforderten Staatssekretärs zwar nur einen Reichskommissar für das Handwerk bestellt, der diese Rettung beruflich betreibt. Darüber hinaus ist vor allem der Ausbau der Organisationen des Handwerks mit Hilfe des Reiches und der Länder in einer Weise und mit einem Erfolg betrieben worden, daß die Arbeiter daraus für den Ausbau ihrer Organisationen die notwendigen Konsequenzen ziehen müssen. Im Jahre 1897 waren nur 10 % aller selbstständigen Handwerksmeister in den Innungen zusammengeschlossen, während diese Zahl im Jahre 1926 bereits auf 75 % gestiegen ist, und durch die kommende Handwerksnovelle soll nun die hundertprozentige Organisation der Handwerksmeister durch Gesetzessakt verwirklicht werden.

Die Gewerbeordnung sieht für den Organisationsaufbau bereits vor: 1. freie und Zwangsinnungen, 2. Innungsausschüsse, 3. Innungsverbände, 4. Handwerkskammern, 5. den

Deutschen Handwerks- und Gewerbeammertag als Spitzenorganisation der öffentlich-rechtlichen Handwerkskammern im Reich. Daneben besteht der Reichsverband des Deutschen Handwerks als ausgeprochene Arbeitgeberorganisation. Seit her waren zum Beitritt zur Innung verpflichtet nur die selbstständigen Gewerbetreibenden. Diese waren durch ihre Innungsmittelberechtigung, Mitglieder für die Handwerkskammern indirekt zu wählen. Infolge der technischen und kommerziellen Umwälzungen sind größere Handwerksbetriebe entstanden, die nicht von Handwerksmeistern geleitet, sondern fabrikmäßig unter besonderer Rechtsform (G. m. b. H., E. G. m. b. H., A.-G. usw.) geleitet werden.

In Zukunft sollen auch alle in Form juristischer Personen geleiteten Handwerksbetriebe wahlberechtigt und wählbar gemacht werden, damit sie die Wahl von Vertretern zur Innungsversammlung und zur Handwerkskammer betreiben können, auch wenn deren Vertreter das Gewerbe nicht selbstständig betreiben. Das bedeutet nicht nur eine wesentliche Steigerung der organisatorischen Macht des Handwerks, sondern, da die Innungen rechtsfähige gesetzliche Unternehmerverbände mit Zwangsbefugnissen sind (ähnlich wie die Krankenkassen), die Kosten von den Mitgliedern entsprechend der Leistungsfähigkeit ihrer Betriebe aufgebracht werden müssen, auch die Schaffung eines sozialpolitischen Kraftzentrums, das sich auch gegen die Arbeiter auswirken muß.

Dazu kommt, daß die Zwangsinnungen und Innungsverbände durch Urteile des Reichsgerichts und Reichsarbeitsgerichts als tariffähige Organisationen erklärt worden sind. Damit ist das offizielle Verlangen des Reichsverbandes des Deutschen Handwerks endlich erfüllt. Die Gewerbeordnung überträgt diesen Berufsvertretungen außerdem sehr weitgehende Rechte hinsichtlich der Regelung des Lehrlingswesens, der Gesellen- und Meisterprüfungen, der Innungs- krankenkassen, des Berufsschulwesens usw. Innungen und Innungsausschüsse sind gesetzlich verpflichtet, den Anordnungen der Handwerkskammer Folge zu leisten, deren Aufgaben ebenfalls außerordentlich weit gesteckt sind. Im Entwurf zur Handwerksnovelle hat man die Gesellen- und Meisterprüfungen als Dekorationsschmuck mit ihrem selbständigen außerordentlich beschränkten Aufgabengebiet behauptet. Weder die Rechte noch die Zahl der Mitglieder sind trotz ausdrücklichen Verlangens der Gewerkschaften geändert worden. Dafür soll der von der Aufsichtsbehörde bestellte Kommissar verschwinden, weil die Handwerkskammern sich nunmehr genügend in ihr Aufgabengebiet eingearbeitet hätten.

In den Beratungen über diese Novelle im Reichswirtschaftsrat haben die Arbeitervertreter die Forderung nach paritätischer Zusammenfassung der Handwerkskammern gestellt, weil nur so die reaktionären Auswüchse der Kammern gebremst und zugleich der Artikel 165 der Reichsverfassung endlich erfüllt wird. Diese Forderung deckt sich zudem mit den Beschlüssen des Verfassungsausschusses des Reichswirtschaftsrats von Anfang 1923, die zur Gestaltung der in der Reichsverfassung versprochenen Bezirkswirtschaftsräte auch mit den Stimmen von Vertretern des Handwerks gefaßt, aber von der Regierung nicht erfüllt wurden.

Die Arbeiter werden angesichts der außerordentlichen Machtvolle der Handwerksorganisationen sich mit aller Kraft gegen diese einseitige gesetzliche Bevorzugung der Handwerksmeister wehren müssen. Wie notwendig diese Abwehr ist, geht daraus hervor, daß die Innungsorgane befügt sind, die Innungsmittelglieder mit je 1000 M. Strafe zu belegen, falls irgendwelche Innungsbeschlüsse verstoßen worden sind. Die Stärke dieser Organisation dazu, bedeutet die ganze Einrichtung und ihr weiterer Ausbau nichts anderes, als ein Machtzentrum der Handwerksmeister schaffen, mit dem die Gehilfen, Lehrlinge und alle übrigen Arbeiter in Zukunft bei allen Lohnkämpfen rechnen müssen. Die zahlenmäßige Stärke der Handwerkerverbände ergibt sich aus folgenden Zahlen: Im Jahre 1904 wurden gezählt an freien und Zwangsinnungen 10 178 mit 456 000 Mitgliedern, im Jahre 1919 sind es 13 369 Innungen mit 623 000 Mitgliedern und im Jahre 1924 sind es 17 402 Innungen mit 907 319 Mitgliedern. In einzelnen Handwerkskammerbezirken waren bereits 1924 bis zu 95 % der Meister in den Innungen organisiert.

Ausgang durch die Ausstellung „Die Ernährung“.

Die Stadt Berlin ist in den letzten Jahren immer mehr eine Stadt der Ausstellungen geworden. Nach der „Wochenendausstellung“ und der Ausstellung „Das junge Deutschland“, die im vorigen Jahre stattfanden und unser besonderes Interesse hervorriefen, findet in der Zeit vom 5. Mai bis 12. August dieses Jahres in den Ausstellungshallen am Kaiserdamm die Ausstellung „Die Ernährung“ statt.

Was zeigt nun diese Ausstellung? In vier großen Hallen, die eine Flächenausdehnung von über 45 000 Quadratmeter haben, und auf einem Freigelände sind die einzelnen Abteilungen „Grundlagen der Ernährung“, „Nahrungsmittel, Nahrungsmitteltechnik, Nahrungsmittelindustrie“, „Die Ernährung im praktischen Leben“ und „Erziehung, Unterricht und Literatur“ untergebracht.

In der Halle 1 ist die „Wissenschaft“ untergebracht. Die Sonderausstellung „Der Mensch und seine Ernährung“ unter besonderer Unterstützung des „Deutschen Hygiene-Museums in Dresden“ vermittelt dem Ausstellungsbesucher Kenntnis vom Bau des menschlichen Körpers und seiner Organe. Statistiken und graphische Darstellungen zeigen, wieviel Kalorien der Mensch der verschiedensten Altersstufen und bei den verschiedensten Tätigkeiten verbraucht. Auch die verschiedensten Krankheiten und deren Ursache werden dargestellt. Daß durch Unachtsamkeiten und durch falsche Ernährung häufig Erkrankungen kommen, ist ja bekannt. Interessant für uns sind gerade die Darstellungen, die die Schäden und Benachteiligungen durch den Alkoholgenuß nachweisen. In mehreren Räumen finden wir Ergebnisse der Arbeitsphysiologie, das heißt, wissenschaftliche Untersuchungen über den Kräfteverbrauch bei den einzelnen Arbeitsprozessen.

Die Ausstellungsräume der Stadt Berlin sind auch in dieser Halle untergebracht. Wir finden hier unter anderem

interessante Darstellungen, die uns ein Bild von dem Lebensmittelverbrauch einer Großstadt geben. Von dem reichhaltig vorhandenen Zahlenmaterial seien nur einige Veröffentlichungen genannt. Der tägliche Lebensmittelverbrauch Berlins beträgt: 1 589 000 kg Brotgetreide und Mehl, 1 000 000 l Milch, 2 739 725 Eier, 219 178 kg Zucker, 684 930 kg Gemüse, 411 000 kg Obst, 1 315 000 kg Kartoffeln, 917 878 kg Fleisch und Fleischwaren und 82 190 kg Fische. Ein großer Teil dieser Lebensmittel wird auf den Gütern der Stadt Berlin erzeugt. Die Stadt Berlin ist ja der größte Grundbesitzer Deutschlands. Sie hat insgesamt 55 Güter, die über 110 000 Morgen landwirtschaftlich nutzbare Ländereien und 100 000 Morgen Forsten verfügen.

Eine besondere Abteilung ist der „Geschichte der Ernährung“ gewidmet. Es wird gezeigt, wie und was die Ägypter, Römer und Japaner gegessen haben und wie die Verpflegung bei uns zur Zeit des Mittelalters, der Renaissance und des Rokoko war. Man hat aber vergessen, anzugeben, daß diese Darstellungen die Verpflegung der herrschenden Kreise der damaligen Zeit zeigen, und daß die Kost der sogenannten Sklaven und Diener eine wesentlich andere gewesen sein wird. Man vermisst auch, trotz des reichhaltigen Materials der Ausstellung, eine Darstellung, wie die heutige Verpflegung eines Kapitalisten im Gegensatz zu der eines Arbeitslosen oder Arbeitsinvaliden aussieht.

In der Halle 2 finden wir die „Technik der Ernährung“. In außerordentlich eindrucksvollen und lebendigen Vorführungen wird die technisch-industrielle Verarbeitung der Rohstoffe gezeigt. Wir finden zum Beispiel eine Brotsfabrik, eine Delmühle, eine Margarinfabrik, die uns in lebensgroßer Darstellung die Herstellung dieser Lebensmittel zeigen. Filme und Lichtbilder zeigen den Entwicklungsengang anderer Lebensmittel wie Kaffee und Schokolade. Bedauerlich ist nur, daß diese Fabrikanlagen privaten Firmen gehören und die in der Hauptsache nur eine rein geschäftliche Propaganda

für diese sind. Es ergibt sich hier für die Konsumenten eine Aufgabe, bei zukünftigen derartigen Ausstellungen ihr Licht nicht unter den Scheffel zu stellen, sondern den Besuchern auch mit eigenen Fabrikationsanlagen aufzuwarten. Denn jeder wird sich klar darüber sein, daß gerade auf solcher Nahrungsausstellung die beste Möglichkeit zur Propaganda vorhanden ist, wenn auch nicht verkannt werden soll, daß die entstehenden Ausstellungskosten ziemlich hoch sind.

Die Halle 3 beherbergt die Abteilung „Milch“. Hier wird die Verarbeitung der Milch von der Kuh bis zur Butter und zum Käse gezeigt. In der Halle 4 finden wir Vorführungen der Hausfrauenvereine, Erziehungs- und Unterrichtsanstalten, Haushaltungsschulen usw. Außerdem sei besonders auf die Vorführung neuzeitlicher Küchen und ihrer Einrichtungen verwiesen. Auf dem sich anschließenden Freigelände finden wir Kleintiere und Gartenanlagen, die die Quelle menschlicher Ernährung nachweisen sollen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß diese Ausstellung von ungeheurer Wichtigkeit ist und für jeden einzelnen etwas bietet, mag er nun Proletarier, Landwirt, Industrieller oder Politiker, Sportler, Abstinenter oder auch Vegetarier sein. Man hat an dieser Stelle eben Gelegenheit, in ganz umfassender Weise den Aufbau und die Entwicklung des Menschen und seine Beziehungen zur Ernährung kennen zu lernen. Es soll aber auch nicht vergessen werden, daß die Frage der wirklich zweckmäßigen Ernährung eine reine Selbstfrage ist und daß entschieden höhere Löhne notwendig sind, um dem werktätigen Volke die Mittel zu geben, die es zu einem zweckmäßigen Lebensunterhalt braucht. Bezahlt den Arbeiter besser und ordnet auch den Arbeitslosen wieder in den Produktionsprozeß ein, dann wird es nicht mehr so verküppelte und unterernährte Kinder geben, wie sie auf Photographien in der Ausstellung dargestellt sind.

Heinz Mann

Für die Arbeiter in den Handwerksbetrieben bedeutet ein Zeichen kraftvollen Klassenbewusstseins der Unternehmender, das allen Arbeitern zum Nachhelfen Veranlassung geben muß, ihre Gewerkschaften auszubauen. Im neuen Reichstage muß auch über die neue Handwerksnovelle die entscheidende Forderung der öffentlich-rechtlichen Berufskammern erneut aufgerollt werden.

In der Aussprache wurde die rechtliche Bedeutung der Innungsregeln für die Meister und die Rechtfertigung der Gesellenauschüsse besonders unterstrichen. Insbesondere gibt der Wahlmodus für die Gesellenauschüsse zu den Handwerkskammern Anlaß zu Klagen, denn hier besteht noch aus der Vorkriegszeit die indirekte Wahl mit allen Hindernissen, und dieses Verfahren soll auch in der Novelle nicht neu geregelt werden.

Mit dem gesetzlichen Zwang zur Bildung der wirtschaftlichen Organisation des Handwerks und der Verteilung des öffentlichen Rechts wird gegenüber dem auf freiwilligem Beitritt beruhenden Organisationen der Arbeiter ein doppelter Rechtsboden geschaffen, die Arbeiter und diese Organisationen werden minderen Rechts erklärt. Aus diesem Grunde bekämpfen die Gewerkschaften auch diese Novelle und verlangen die paritätische Zusammenlegung und gleichberechtigte Mitwirkung auch in dieser für das Handwerk errichteten öffentlich-rechtlichen Berufsvertretung.

Aus unserm Beruf

Ein seltenes Jubiläum

Feierte am Samstag, 16. Juni dieses Jahres unser Kollege Johann Mohrenhardt, der nunmehr 30 Jahre lang ununterbrochen dem Vorstand der Filiale beziehungsweise der Filiale Reimscheid unserer Organisation angehört. Während dieser 30 Jahre stand Kollege Mohrenhardt in allen Kämpfen des Verbandes in erster Reihe und trug stets selbst den größten Teil der Arbeitslast. Durch alle Stürme der Zeit folgten ihm die Kollegen in unerschütterlichem Vertrauen.

Aus Anlaß des Jubiläums veranstaltete der Filialvorstand Eiberfeld im engsten Kreise der Kollegen mit ihren Angehörigen, eine kleine Feier, in der dem Kollegen Mohrenhardt die gebührende Ehre zuteil wurde. Kollege Hille überreichte im Namen des Filialvorstandes dem Jubililar, ein von einem Kollegen handgemaltes Ehrendiplom und sprach dabei den Wunsch aus, daß es unsern Jubililar vergönnt sein möge, noch mehrere Jahrzehnte als Funktionär des Verbandes in der bisherigen Frische und dem ihm eigenen Optimismus zum Wohle der Berufskollegen und zum Vorbild der heranwachsenden Generation zu wirken.

Greifswald. Am 22. Juni referierte Kollege Schröder in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung über die Verhandlungen beim Landesstarkeamt in Hamburg. Er führte aus, daß bereits nach Ablauf des alten Tarifs zwei Ortsstarkeamtsitzungen stattgefunden haben, um die örtlichen Bestimmungen festzulegen. Hauptächlich sollten für Greifswald die Löhne der Anstreicher einheitlich festgelegt werden. Die Arbeitgeber standen aber auf dem Standpunkt, daß die Anstreicher nach Leistung bezahlt werden sollten. Es werden die Anstreicher mit 65 % bis 85 % pro Stunde entlohnt, mit Ausnahme von drei Anstreichern, die Gehälter erhalten, trotzdem alle Anstreicher mehrjährig (über drei Jahre) mit Malerarbeiten beschäftigt werden. Wenn wir das Verhältnis von dem am Ort beschäftigten 15 Malergehilfen und zirka 30 Anstreichern in Betracht ziehen, dann sind die Folgen für unser Handwerk gar nicht abzusehen. Es ist ja erklärlich, daß durch solch niedrige Entlohnung die Schmutzkonkurrenz gewaltig Platz gegriffen hat. Nun forderten die Arbeitgeber unsere Organisation auf, ihr bei der Bekämpfung der Schmutzkonkurrenz zu helfen. Natürlich verpflichteten wir uns dazu, verlangten aber, daß erst das Grundübel, die willkürliche Anstreicherentlohnung, beseitigt werde. Dieses lehnten aber die Arbeitgebervertreter entschieden ab. Da nun keine Einigung erzielt werden konnte, wurde die Entscheidung dem Landesstarkeamt überwiesen. Dieses tagte am 18. Juni und setzte den Anstreicherlohn mit 95 % pro Stunde fest. Auch sonst fanden einige Veränderungen statt. So wurde die Arbeitszeit auf täglich 8 1/2 Stunden und der Wochenschluß auf 12.30 Uhr festgelegt. Wenn wir nun in Betracht ziehen, daß unsere Filiale es durch rege Agitation in diesem Jahre soweit gebracht hat, daß der Mitgliederbestand sich um das Dreifache erhöhte und daß diese Neuaufgenommenen meistens Anstreicher waren, die der Bezahlung eines willkürlichen Lohnes ausgesetzt waren, können wir mit Genugtuung feststellen, daß der Verband Großes geleistet hat. Dieses wurde auch von den Anstreichern anerkannt.

Hildesheim. Ihr 40jähriges Bestehen konnte kürzlich unsere Filiale Hildesheim feiern. Wurde unser Zentralverband Weihnachten 1884 gegründet, so ist es gewiß eine ganz besondere Leistung, wenn schon vier Jahre später, in einer Stadt wie Hildesheim, die Organisation ins Leben trat, und seitdem durch all die schlimmen Zeiten der Vergangenheit, gegen den Indifferentismus der breiten Masse der Arbeiterschaft zu damaliger Zeit und entgegen reaktionären Maßnahmen der Behörden und eines bis nahe an die Kriegszeit heran rückständigen Unternehmertums 40 Jahre hindurch ununterbrochen aufrecht erhalten bleiben konnte. Diese bedeutungsvolle Tatsache konnte nicht wirksamer demonstriert werden, als durch den jetzigen sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Karl Stephan, der als jung zugereister Malergehilfe am 25. März 1888 nach einem von ihm in einer öffentlichen Malerverammlung erstatteten Referat die Gründung der Filiale vollzog, die er dann unter schwierigsten Verhältnissen lange Jahre hindurch geleitet hat. Es war demnach ein besonderes Erlebnis aus dem Munde dieses Zeugen, aus einer unserer jüngsten Generation kaum verständlichen Zeit, zu hören, was Opfermut und Treue zu einer als richtig erkannten Idee zum Nutzen der nach höherer Kultur strebenden Arbeiterschaft vermögen.

Unsere Hildesheimer Kollegen hatten zu dem Jubiläum eine schöne Feier veranstaltet. Nach einigen Konzertstücken und nachdem der Freie Volkchor den Uthmannschen Chor „Das heilige Feuer“ einleitend zum Vortrag gebracht hatte, führte Kollege Karl Stephan aus, wie er im Jahre 1884 von Berlin aus nach Hildesheim verschlagen worden sei. Damals hatte Hildesheim erst 28 000 Einwohner gehabt, also den Charakter einer mittleren Kleinstadt besessen. Im Malerhandwerk bestand vorwiegend noch das alte, patriarchalische Verhältnis; die Gesellen, meist unverheiratet, hätten beim Meister gegessen und geschlafen, und nur geringen Lohn erhalten. Die Arbeitszeit wäre ungerichtet gewesen; sie hätte durchweg 11 Stunden pro Tag betragen. Da die Maler damals schon ein gemächliches Volk waren, hätten sie unter seiner Leitung einen Verein gegründet, der den schönen Namen „Klub Mer“ bekam. Aus diesem Klub sei dann im Jahre 1888 der Malerverband entstanden. Das Solidaritätsgefühl war damals so stark, daß es gelang, schon im Jahre 1889 durch einen sechzehntägigen Streik die elfstündige Arbeitszeit abzuschaffen. Auch für die Gesamtbewegung hätte der Malerverband viel getan und nach dem Grundgesetz gehandelt: Immer strebe zum Ganzen, und kannst du selber ein Ganzes nicht sein, schliesse als dienendes Glied dem Ganzen dich an! Das wünsche er auch der jüngeren Generation im Malerverband.

Danach überbrachte der Verbandsvorsitzende, Kollege Streine, Hamburg, die Grüße der Verbandsleitung. Auch er freute sich über den Erfolg, den die Filiale Hildesheim durch ihr 40jähriges Bestehen für sich buchen könne. Welche Arbeit sei geleistet worden für die Gehilfen, für den ganzen Beruf und die Allgemeinheit. Durch ferneres treues Zusammenstehen müsse noch mehr geschehen. Ueber den Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen hinaus strebe die Arbeiterschaft heute ganz besonders nach Einfluß auf den Staat, der heute nicht mehr der alte arbeiterfeindliche Obrigkeitsstaat sei, sondern der Arbeiterschaft und ihren Organisationen einen starken Einfluß sichere. Zu allem Fortschritt gehöre aber eine feste machtvolle Organisation. Diese könne nur bestehen, wenn alle opferfreudig und einig zusammenstehen. Besonders die Frauen seien hier berufen zur Mitarbeit, wenn sie, die die geringen Löhne der Männer am meisten fühlten, gemeinsam mit diesen für eine kräftige Organisation eintreten. Er fordere vor allem die jüngeren Kollegen auf, im Sinne der Ältern tätig zu sein und den Spruch zu beherzigen, der der Veranstaltung als Leitmotto entgegenleuchtete: „Leicht ist die Kraft des einzelnen gebrochen, vereinte Kräfte kann man niemals unterjochen.“

Nach weiteren Begrüßungsworten örtlicher Gewerkschaftsvertreter sang der Männerchor des Freien Volkchors mit wunderbar harmonischer Ausdrucksgebung den Uthmannschen Chor „Der Tempel im Walde“.

Die schöne Feier, der sich dann noch Stunden fröhlicher Geselligkeit angeschlossen, wird sicher der Hildesheimer Kollegenchaft noch lange im Gedächtnis bleiben und ein Ansporn mit sein zu weiterer opferreicher Arbeit für den Aufstieg unserer Organisation.

Marburg. Unsere Filiale konnte in diesem Frühjahr auf ihr 25jähriges Bestehen zurückblicken. Aus diesem Anlaß hatten sich die Mitglieder mit Angehörigen und Gästen am 16. Juni in der Zahlstelle Eilbe zusammengesunden, um dieses Jubiläum festlich zu begehen und gleichzeitig die beiden Jubilare, unsere Kollegen Henkel und Sauer, zu ehren. Die Feier wurde durch Musikstücke eingeleitet, worauf der Arbeitergesangsverein „Eintracht“, Marburg, den Festgesang von Uthmann und Lord Jolson recht wirksam vortrug. Nach einer kurzen Begrüßung der Festteilnehmer durch den Vorsitzenden, Kollegen Henkel, hielt Kollege Preuß, Kassel, die Festrede. Einleitend wies er auf die „Presse“ in Köln hin, wo WGB und Sozialdemokratische Partei in Schrift und Film der Deffentlichkeit die deutsche Arbeiterbewegung der letzten 80 Jahre schildern und mit aller Deutlichkeit darlegen, welchen dornenvollen Weg diese Jahrzehnte hindurch haben gehen müssen. Weder hemmende Gesetze, noch Schikanen oder Freiheits- und Geldstrafen haben der Bewegung Einhalt bieten können. Durch Aufopferung, Treue und Solidarität haben die alten Pioniere und Kämpfer die große, sozial und kulturell hochstehende Gewerkschaftsbewegung geschaffen. Dank gebühre allen Vorkämpfern. So auch unsern beiden Jubilaren, die in schwieriger Zeit für ihre Marburger Berufskollegen gewirkt und gekämpft haben. In einem Rückblick auf die Geschichte der Filiale Marburg fand die Veränderung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse und die seit ungefähr 20 Jahren in unserm Verband bestehende Lohn- und Tarifpolitik eingehende Würdigung. Darüber hinaus sind weitere soziale und kulturelle Erfolge für die Arbeiterklasse errungen worden. Redner schließt mit der Ermahnung an die Jugend, den alten Kämpfern nachzusehen, Treue und Solidarität untereinander zu wahren und das bisher Errungene weiter auszubauen. Mit den Glückwünschen des Hauptvorstandes, der Bezirksleitung und der benachbarten Filialen konnte Kollege Preuß den Jubilaren mit Worten der Anerkennung und des Dankes ein Diplom überreichen. Kollege Haupt brachte den Dank der Filiale zum Ausdruck und ehrte die beiden mit einem Geschenk. Gesang, Tanz und frohe Laune bildeten die Festteilnehmer noch bis zum frühen Morgen zusammen, und alle schieden mit dem Bewußtsein, eine schöne, unserer Sache dienende Feier verlebzt zu haben.

Baugewerbliches

Gute Wohnungen zu erschwinglichen Preisen. Wo neue Wohnungen von privaten Bauunternehmern gebaut werden, sind die Mieten meistens derart teuer, und außerdem verlangt der Bauherr einen so hohen Bauzuschuß, daß dem größten Leidtragenden des Wohnungselends — dem arbeitenden Menschen — keine Hilfe durch diese Wohnungsneubauten entstehen kann. Wirkliche Linderung können nur die gemeinseitigen Baugenossenschaften bringen. Der junge Architekt Hugo Leipziger, der Leiter der „Dewog“, Zweigstelle für Schlesien, hat gemeinsam mit Gerhard Schönborn, Breslau, einen Lösungsversuch, zweckmäßige und gesunde

Wohnungen zu billigen Mieten zu schaffen, gemacht. Er berichtet über das sehr interessante Ergebnis in der „Wohnungswirtschaft“, dem Zentralorgan der „Dewog“, Deutsche Wohnungsfürsorge A.-G. für Beamte, Angestellte und Arbeiter, Heft 12. Danach sind in Namslau in Schlesien, einer Ortschaft mit wirtschaftlich schwacher Industriebevölkerung — das monatliche Durchschnittseinkommen beträgt 90 M je Mann — 64 Arbeiterwohnungen erbaut worden. Die Wohnungen bestehen aus einem großen Wohnraum, von dem die Schlafkammer der Eltern und der Kinder abgetrennt sind, einer Kochkammer, Balkon, Vorraum mit W.-C., und in jedem Haus befindet sich ein Bad und eine Waschküche. Außerdem gehört zu jeder Wohnung ein Stück Gartenland. Die Mieten betragen bei 42 qm Nutzfläche 16 M monatlich. Der gelungene Versuch der beiden Architekten zeigt, daß bei weitschauender, umsichtiger Durchführung des Bauvorhabens und unter Ausschaltung jedes spekulativen Gewinnes auch unter den heutigen schwierigen Geldverhältnissen eine tragbare Miete besonders auch im Kleinstwohnungsbau erreicht werden kann.

Neben diesem Artikel, der mit zahlreichen Abbildungen versehen ist, bringt das neue Heft eine Arbeit von Stadtbaurat Dr. Lehmann, Leipzig: „Fakultäts der Mieterschutz bei Bauten gemeinnütziger Genossenschaften“, einige tiefgehende und geistvolle Betrachtungen über Form und Kultur von Kollmann, dem Verfasser des Werkes „Schönheit der Technik“, und ein zusammenfassende Darstellung der auf dem Internationalen Wohnungskongress in München gehaltenen, äußerst aufschlußreichen Referate über das außerdeutsche Wohnungswesen. — Unter „Bunte Nachrichten“ interessiert besonders die Zusammenstellung der Pressemeldungen über die neue Vagabundensiedlung in Zehlendorf. Jeder, der an den heute so überaus wichtigen Fragen der Wohnungspolitik Anteil nimmt, sollte die „Wohnungswirtschaft“ abonnieren. Probenummern liefert die Geschäftsstelle Berlin S. 14, Inselstraße 8, auf Erfordern kostenlos. Die Bezugsgebühr liegt unter dem Selbstherstellungspreis und beträgt bei 14täglichem Erscheinen nur vierteljährlich 1,50 M.

Gewerkschaftliches

Sein 40jähriges Bestehen feiert am 1. Juli der Deutsche Bekleidungsarbeiterverband. Aus diesem Anlaß erschien das Verbandsorgan, der „Bekleidungs-Arbeiter“, in reichhaltiger, vornehmer Aufmachung. 2800 Jubilare, die heute 25 bis 40 Jahre dem Verbande angehören, können mit Stolz und froher Zuversicht dem Wirken und erfreulichen Aufblühen ihrer Berufsorganisation entgegenblicken. Da in diesen Tagen der Verband in Götting seinen 17. Verbandstag abhält, hat der Verbandstag auch den Delegierten ein sinniges, prächtiges Jubiläumsgeschenk gewidmet. Eine künstlerisch ausgestattete Mappe enthält charakteristische Abbildungen aus all den Städten, die in der Geschichte des Deutschen Bekleidungsarbeiter-Verbandes in organisatorischer und tarifpolitischer Beziehung eine bedeutungsvolle Rolle spielen. Mit dem Wunsche, daß sich der Bekleidungsarbeiterverband auch weiterhin aufs Beste aufwärts entwickeln möge, entbieten wir ihm zu seinem Jubiläum unsere Gratulation.

Der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten teilt uns mit, daß die auf Beschluß des Zentralvorstandes eingesetzte Kommission mit der Leitung der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G. in Anwesenheit der beiden Vorsitzenden des Aufsichtsrates über die Vorgänge verhandelt hat, die zu der fristlosen Entlassung des Prokuristen Dr. Fritz Schönherr geführt haben. Dabei ist durch die Kommission festgestellt worden, daß Dr. Schönherr wiederholt seine Kompetenzen überschritten hat. Weitergehendere Vorwürfe gegen ihn werden nicht erhoben. Vor allem steht die persönliche Ehrenhaftigkeit Dr. Schönherrs außer allem Zweifel. Angesichts dieser Sachlage hat die Verhandlungskommission des Allgemeinen Verbandes dem Vorstand der Arbeiterbank den Vorschlag gemacht, die fristlose Entlassung Dr. Schönherrs zurückzunehmen. Diesem Vorschlage hat die Bankleitung zugestimmt. Im Anschluß daran hat Dr. Schönherr seinerseits seine Kündigung zum 1. Oktober 1928 eingereicht. Damit hat der Konflikt seine Erledigung gefunden.

Die Löhne der gelernten und ungelerten Arbeiter. Die Löhne der ungelerten Arbeiter hatten sich in den ersten Jahren nach dem Kriege stark denjenigen der gelernten genähert. Teilweise waren sie bis auf 90 % herangekommen. Das Verhältnis hat sich nach der Stabilisierung zu ungunsten der ungelerten Arbeiter entwickelt. In der Volkswirtschaftlichen Zeitschrift des „Betriebsrates“, der vom Fabrikarbeiterverband Deutschlands für seine Funktionäre herausgegebenen Monatschrift, untersucht Wl. Woytinsky das Lohnverhältnis zwischen den gelernten und ungelerten Arbeitern in verschiedenen Ländern. Danach ergibt sich gegenüber der Vorkriegszeit folgendes Verhältnis. Der Durchschnittslohn des ungelerten Arbeiters betrug in Prozent des gelernten:

	1913	1926/27
Deutschland....	59,7	72,4
Großbritannien..	60,3	70,1
Dänemark.....	74,2	80,3
Ver. Staaten....	72,5	73,7
Australien.....	70,6	82,5
Neuseeland.....	84,7	85,3

Es ist die Beobachtung zu machen, daß in allen Ländern das Verhältnis der Lohnsätze der ungelerten Arbeiter zu den gelernten sich verbessert hat. Bestand vor dem Kriege ein sehr weiter Abstand, so hat sich dieser in der Nachkriegszeit stark verringert. Deutschland, Großbritannien und die Vereinigten Staaten stehen sich so ziemlich gleich. Verhältnismäßig sehr hoch sind die Lohnsätze der ungelerten Arbeiter im Vergleich zu den gelernten in Dänemark, Australien und Neuseeland. Zweifellos ein sozialer Fortschritt, daß der Lohn des ungelerten Arbeiters mit dem des gelernten in ein besseres Verhältnis gebracht wird.

Genossenschaftliches

Wer sind die Aktionäre der Volksfürsorge? Immer wieder glauben Vertreter der Privataffektur, damit auftrumpfen zu können, daß die Volksfürsorge doch eine Aktiengesellschaft sei, und es deshalb auf ein

hinauskomme, wo sich die Arbeiter verschern. Diese Rechnung stimmt nicht. Die Volksfürsorge ist keine Aktiengesellschaft im üblichen kapitalistischen Sinne; ihre Aktien - 5000 Stück zu je 100 M und 2000 Stück zu je 1000 M - befinden sich in festem Besitze der freien Gewerkschaften und der dem Zentralverband deutscher Konsumvereine angeschlossenen Genossenschaften. Die Hälfte des 2 1/4 Millionen Mark betragenden Aktienkapitals ist übernommen worden vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und den ihm angeschlossenen Verbänden sowie der Arbeiterbank. Die andere Hälfte entfällt auf die Großverkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine, die Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine und auf etwa 140 Konsumvereine und sonstige Genossenschaften.

Als gewerkschaftliche und genossenschaftliche Versicherungsgesellschaft ist die Volksfürsorge also ein Unternehmen der deutschen Arbeiterschaft.

Sozialpolitisches

Auf dem Wege zur Selbstversorgung mit Kraftstoff.

Auf der Generalversammlung der J. G. Farben-Industrie wurde unter anderem bekannt gegeben, daß der Ausbau der Anlagen zur Gewinnung von flüssigen Brennstoff so ziemlich vollendet sei. Voraussichtlich wird bis Ende 1928 die zunächst vorgesehene Produktion von 100 000 Tonnen Benzin erreicht werden. Im Jahre 1929 hofft man die doppelte Menge ohne Vergrößerung der Anlagen zu erzielen. Eine weitere Steigerung steht in Aussicht. Da wir zur Zeit in Deutschland ungefähr 250 000 Tonnen Benzin einführen, so dürfte bald der Zeitpunkt gekommen sein, wo Deutschland sich seinen flüssigen Brennstoff aus eigenen Rohstoffen zu gewinnen vermag. Die Direktion der J. G. Farbenindustrie gab auf der besterreichenden Generalversammlung weiter bekannt, daß die Sondrierung der Steinkohle in verstärktem Maße in Angriff genommen werden wird. Ferner hätten die Versuche zur Gewinnung von Schmierölen, Paraffin und anderen Produkten zu viel versprechenden Erfolgen geführt. Die von der J. G. hergestellten Schmieröle hätten sich im eigenen Betriebe gut bewährt. Gemeinsam mit der Standard Oil Co. errichtet die J. G. eine Versuchsanlage in den Vereinigten Staaten zur Petroleumverarbeitung. So ist zu erwarten, daß alle technischen Fortschritte von heute ziemlich rasch Allgemeingut aller Völker werden, das heißt in mehreren Ländern zugleich zur Anwendung gelangen. Jedenfalls zeigt auch diese Entwicklung, daß die Großchemie einen Akkuposten der deutschen Wirtschaft darstellt.

Öffentliche Körperschaften gegen die Verkrüftung.

Die Einteilungsindustrie bildet nicht nur in Deutschland, sondern auch in ganz Europa einen einheitlichen Komplex. Nur eine einzige nennenswerte Fabrik steht hierzulande außerhalb des Trufts. Kein Wunder mithin, daß bei Submissionen nur ganz wenige Firmen Angebote einreichen und diese Angebote ziemlich genau übereinstimmen. Der bayerische Städtetag hat in einer Eingabe an das Reichswirtschaftsministerium auf diese Ringbildung aufmerksam gemacht und ein Einschreiten des Ministeriums gefordert. Dem lag eine Beschwerde der Stadt München zugrunde, da bei einer Submission sämtliche beteiligte Firmen gleichlautende Angebote eingereicht hatten. In der Tat wird es höchste Zeit, daß wenigstens die freie Konkurrenz aufrechterhalten bleibt.

Internationale Verkrüftung mit Hilfe deutscher Gerichte.

Vor einigen Wochen ging die sensationelle Meldung durch die Presse, daß die Polizei umfangreiche Verhaftungen wegen Verkrüftung vorgenommen hätte. Es handelte sich um eine Anklage der Norma-Werke in Stuttgart gegen die Liebewerke A.-G. in Berlin. Die Norma ist eine Tochtergesellschaft der Svenska Kugellagerfabriken A.-B. in Gothenburg. Die Liebewerke A.-G. war der einzige noch außerhalb der deutschen Kugellager-Konvention stehende Konkurrent. Die deutsche Kugellager-Konvention wird vom schwedischen Kugellagertrust beherrscht. Nachdem der Prozeß 14 Tage hindurch unter allerhand Beschuldigungen geführt war, kam eine Vereinbarung zustande, wonach die Liebewerke A.-G. von der Norma übernommen wird. Der Richard Kahn-Konzern erhält für den Verkauf des Berliner Werks 6 1/2 Millionen Mark. Das Aktienkapital von Liebe beträgt 11,4 Millionen Mark. Somit erhalten die Verkäufer einen Aufschlag von beinahe 5 Millionen Mark. So endete die Großaktion mit einem glänzenden Geschäft. Die Kugellager-Konvention ist hinfort ohne Konkurrenz. Auf der Anklagebank blieben einige arme Teufel zurück. Deutsche Polizei und Justiz haben die internationale Verkrüftung gefördert. Ein derartig kodenloser Skandal darf sich in Deutschland nicht wiederholen.

Arbeiterversicherung

Die Arbeitslosenunterstützung bemißt sich stets nach dem wirklichen Arbeitsverdienst.

Die in der Krankenversicherung der Anspruch auf die Krankenhilfe nicht davon abhängig ist, ob der versicherungspflichtig Beschäftigte vom Arbeitgeber bei der Krankenkasse angemeldet war und ob für ihn Beiträge geleistet wurden, so entsteht auch der Anspruch auf die Arbeitslosenunterstützung Kraft Gesetzes ohne weiteres auf Grund des „Beschäftigungsverhältnisses“. Insbesondere ist auch die Höhe der Arbeitslosenunterstützung nicht abhängig von der Höhe der Beitragsleistung; vielmehr bemißt die Unterstützung sich stets nach dem wirklichen Arbeitsverdienst.

Diese Rechtsauffassung sollte überhaupt nicht strittig sein. Sie wurde aber durch ein Arbeitsamt zu einer Streitfrage gemacht, so daß kürzlich der Spruchsenat für die Arbeitslosenversicherung in einer grundsätzlichen Entscheidung dazu Stellung nehmen mußte. Die natürlich in dem oben dargelegten Rechtsinne ergangene Entscheidung (12. Ar. S. 27; Reichsarbeitsblatt 1928, Heft 12, IV, 119) sagt in den Gründen:

FACHBLATT DER MALER

ZEITSCHRIFT ZUR FÖRDERUNG DER HANDWERKLICHEN WERTARBEIT IN FARBE, FORM UND RAUM

Anregungen, Belehrungen in Wort und Bild. Fachtechnik, Materialkunde. Der sichere Weg zur künstlerischen Form in Farbe und Raum

Monatlich 1 Heft mit starkem Textteil u. 7 oder mehr farbige Tafeln. Illustrationen. Beilage mit Meinungsaustausch und fachtechnischen Mitteilungen

Bestellungen nehmen unsere Filialverwaltungen entgegen!

„Wenn das Gesetz auch die Arbeitslosenversicherung auf dem Grundsatze der Leistung und Gegenleistung aufbaut, so ist dies im Gegensatz zu andern Zweigen der Sozialversicherung, zum Beispiel zur Invalidenversicherung, doch nicht dahin durchgeführt, daß die Höhe der Unterstützung von den gezahlten Beiträgen unmittelbar abhängig wäre. Die im AWO getroffene Regelung ähneln derjenigen, die auf dem Gebiete der Krankenversicherung besteht. Die Weigert zutreffend ausführt, hat der Arbeitslose einen Anspruch auf Unterstützung, wenn die Voraussetzungen des § 87 erfüllt sind, wobei für den Erwerb der Anwartschaft „nicht die Entrichtung von Beiträgen, sondern die Beschäftigung maßgebend ist“. Ergibt sich hieraus, daß ein Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung durch Erfüllung der gesetzlichen Voraussetzungen entstehen kann, auch wenn die Beitragsleistung gänzlich unterblieben ist, und zwar ein Anspruch, für den ein anderer Maßstab als derjenige des wirklichen Arbeitsverdienstes nach §§ 104, 105 Absatz 2 Satz 1 AWO überhaupt nicht in Frage kommt, dann kann auch der Sinn des Gesetzes nicht dahin gehen, daß für die Höhe der Arbeitslosenunterstützung ein geringeres als das wirkliche Arbeitsentgelt zugrunde zu legen ist, wenn zwar Beiträge geleistet sind, aber ihre Höhe nicht voll dem bezogenen Arbeitsentgelt entsprechen hat.“

Den Versicherten liegt ob, zu beachten, daß auf der vom Arbeitgeber bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses auf Verlangen auszustellenden Arbeitsbescheinigung der Arbeitsverdienst nicht zu niedrig angegeben ist.

Gewerbe- und soziale Hygiene

5. Jahreshauptversammlung der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene in Dresden.

Die Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene wird ihre diesjährige Jahreshauptversammlung am 11. und 12. September in Dresden veranstalten. Die Verhandlungen sind öffentlich. Am ersten Verhandlungstag werden die Fragen der Frauenarbeit in fünf größeren Referaten besprochen werden. Am zweiten Verhandlungstag werden zwei Referate die Fragen der Beziehungen zwischen Arbeit und Sport behandeln. Außerdem bringt der zweite Verhandlungstag eine größere Anzahl von kürzeren aus den Kreisen der Tagungsteilnehmer anzumeldenden Berichten, die den Teilnehmern der Jahreshauptversammlung eine Uebersicht über die wichtigsten neueren Arbeiten auf gewerbehygienischem Gebiet vermitteln. Nähere Auskunft erteilt die Geschäftsstelle der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene, Frankfurt a. M., Viktoria-Allee 9.

Vom Ausland

Der Schweizer Bau- und Holzarbeiterverband, dem bekanntlich auch die Maler mit angehören, hielt vom 8. bis 10. Juni seinen Verbandstag ab. Als Tagungsort hatte man das inmitten auserlesener Naturschönheiten gelegene Interlaken auserwählt und als Tagungsort den grossen Kurhaussaal. Die sehr reichhaltige Tagesordnung konnte nicht aufgearbeitet werden; müssen hier doch alle Reden aus dem Deutschen ins Französische und Italienische übersetzt werden, und ferner bringen mancherlei Schwierigkeiten auch die verschiedenen gartelten Auffassungen der 32 im Verband zusammengeschlossenen Berufe. Von diesen sind die Maler unter den rund 21 000 Mitgliedern mit 1793, die Schreiner mit 4815, die Handlanger mit 3875, die Maurer mit 2609, die Zimmerer mit 1592, die Gipser mit 1475 Mitgliedern und andere mehr beteiligt.

Die bestehenden Schwierigkeiten wurden aber glücklich überwunden. Nach glatter Erledigung der Berichte des Zentralvorstandes kam es zu scharfen Auseinandersetzungen über einen Konflikt des Verbandsvorstandes mit den Sektionen in Basel. Dieser ist entstanden, weil das Baseler Gewerkschaftskartell einem Beschlusse des Schweizer Gewerkschaftskongresses von 1927 zur Stellungnahme des Bundeskomitees und des Gewerkschaftsausschusses (Landeszentrale) über das Dienstverhältnis der Bundesbeamten zuwidergehandelt hatte und deshalb

von der Liste der anerkannten Kartelle gestrichen worden war. Das entband die Sektionen der Verbände von der Verpflichtung, dem Kartell anzugehören. Die Baseler Sektionen (auch anderer Verbände) missachteten aber nicht nur diesen Beschluss, sondern waren gegen den Gewerkschaftsbund in Kampf getreten, der von dem kommunistischen Baseler „Vorwärts“ nach Leibeskraften geschürt wurde. Da alle Bemühungen, der Zentralleitung, die Sektionen in Basel zur Anerkennung des erwähnten Gewerkschaftskongressbeschlusses zu bewegen, fehlergeschlagen waren, blieb nur der Austrag des Konfliktes auf dem Verbandstage. Der Zentralvorstand forderte von der Baseler Sektion die Einstellung der Finanzierung des alten, disziplinlos gewordenen Kartells und mit diesem jede Verbindung, ohne jedoch anzuordnen, dass sie dem inzwischen neugegründeten, vom Gewerkschaftsbund anerkannten Gewerkschaftskartell beitreten müssten. Der Verbandstag stellte sich mit 97 gegen 50 Stimmen auf den Standpunkt des Verbandsvorstandes.

Die zeitraubenden Verhandlungen über diesen Konflikt hatten zur Folge, dass ein vorgesehenes Referat über die allgemeine Verbandslage und die Tarifbewegungen nur sehr verkürzt gehalten wurde und die dazu gestellten Anträge nur zum Teil erledigt werden konnten.

Weiter hatte sich der Verbandstag mit der Arbeitslosenunterstützung zu beschäftigen. Nach den vorhandenen Bestimmungen können die Schweizer Kollegen mit Hilfe staatlicher Beihilfen nach einer Beitragsleistung von 20 Franken während 26 Wochen 200 Franken Unterstützung erhalten. Dadurch sind 1927 nur 826 000 Franken eingenommen, andererseits aber 857 000 Franken für Unterstützung ausgegeben worden. Ein deshalb ganz selbstverständlicher Antrag des Zentralvorstandes auf Erhöhung des Beitrages um wöchentlich 10 Rappen wurde überraschenderweise zunächst abgelehnt, später aber erneut eingebracht und mit 102 Stimmen angenommen, allerdings mit der Einschränkung, dass der Vorstand auf seine Anträge, die eine Einschränkung der Unterstützungseinrichtungen bezweckten, verzichte. Ein Teil der Anträge wurde dem Vorstand überwiesen.

Mit einem kräftigen Appell an die Delegierten, für die Durchführung und Auswertung der gefassten Beschlüsse zu sorgen, schloss der Präsident die Tagung.

Literarisches

„In Zahlungschwierigkeiten“. Von dem Verfasser der „Abdolatenhilfe“. 260 Seiten. Preis gebunden 6,50 M. Max Gessels Verlag, Berlin-Schöneberg. Das vorliegende Buch ist zum Schutze des Schuldners geschrieben. Der Staat bietet nicht die Hand dazu, daß seine Beamten den Schuldner bis aufs Hemd ausziehen, heißt es auf Seite 131 dieses aktuellen Buches. Durch eine Reihe von Vorurteilen schließt er den wirtschaftlich Schwachen gegen die Strupflosteit des Gläubigers ab und den geschäftigen Gläubiger gegen die Arde und Stille der Schuldners. In mehr als 400 Artikeln gibt das empfehlenswerte Buch auf all die breimenden Fragen Antwort, die ein Schuldner in seiner Notlage nicht gern an andere richtet. Sicherlich wird das sachkundige und gemeinverständliche Buch der großen Zahl finanziell Bedrängter ein guter Ratgeber sein und ihnen wertvolle Dienste leisten.

Das Mythenium des Alais. Das religiöse Weltbild der nordischen Seele. Von Dr. Hans Fuchs. 136 Seiten. Brockhaus 1,50 M. Ganzleinen 2,50 M. Im Verlag der Neuen Gesellschaft, Berlin-Grünow. Der Verfasser geht in seiner erfreulich klaren, aber allgemein verständlich geschriebenen Arbeit von längst erkaunten, aber von der Wissenschaft allzulange übersehenen Gedanken aus: Das von Newton vor 200 Jahren als Körper erkannte Licht ist die Urmasse, aus der nach der Rantischen Kosmogonie das Werden der Welten zu erklären ist. Wenn wir alles Sein als Verkörperung des Lichtes auffassen, liegen die rätselhaften Phänomene des physischen und physischen Geschehens klar vor uns. Die neue Lichtlehre bringt eine völlige Neuorientierung unserer gewohnten alten Weltanschauung.

„Gesundheit“. Zeitschrift für gesündliche Lebensführung des berufstätigen Volkes. Herausgeber: Hauptverband deutscher Krankenkassen e. V., Berlin-Charlottenburg, Berliner Straße 137. Auch die Sunnummer der „Gesundheit“ bringt wiederum einige interessante Artikel, und zwar: Curt Benzer: „Ist die Ernährung für die werdende Mutter von Bedeutung?“, Dr. S. Halle: „Ist die Höhe der Rente gefährlich?“, Dr. A. Korad: „Kinder als Kugeln“, Eugenarzt Dr. S. Lachmann: „Noch etwas über Star“, Geschäftsführer Nibel: „Umfang und Inhalt der Krankenkasse“. Die Zeitschrift wird an den Schaltern der Krankenkassen der Versicherten unentgeltlich ausgeteilt.

Warum gibt es so viele kranke Frauen? Mit einem Anhang über Methoden und Mittel zur Verhütung der Schwangerschaft. Von Hermann Wolf. Mit 13 Abbildungen. 2. Auflage. 40 Seiten. Preis 50 H. Verlag des Verbandes „Volksgesundheits“, Dresden-L., Am Schleichhaus 17.

Nervenschwäche (Neurasthenie, Nervosität), die Krankheit unserer Zeit. Ihre Ursachen, Verhütung und Behandlung. Von Dr. med. Karl Hermann. 24 Seiten. Preis 50 H. Verlag: Verband „Volksgesundheits“, Dresden-L., Am Schleichhaus 17.

Das Bauwert. Jede Nummer dieser vom deutschen Bau-gewerksbunde herausgegebenen illustrierten Zeitschrift enthält eine Reihe hochwichtiger Aufsätze. Für Nichtmitglieder ist der Bezugspreis 3 M. Bestellungen nehmen die Postämter entgegen. Die Gemeinwirtschaft. Monatschrift für Theorie und Praxis der gesamten Gemeinwirtschaft. Von dieser im achten Jahrgange erscheinenden Zeitschrift ist Nr. 6 erschienen. Diese Zeitschrift ist sehr empfehlenswert. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2,40 M. Die Bestellung kann erfolgen bei jeder Buchhandlung, jeder Post und direkt bei dem Verlag: „Die Gemeinwirtschaft“, Hermsdorf (Thüringen).

Das neue Ausland. Zeitschrift der Gesellschaft der Freunde des neuen Auslands in Deutschland. Das vorliegende 5. Heft des 5. Jahrganges weist einen reichhaltigen Inhalt und vielseitiges Bildermaterial auf. Den Umschlag zierten in wirkungsvoller Weise der Maler Max Oppenheimer (Mopp). Das Heft ist zum Preise von 80 H. (Abonnement halbjährlich 4 M.) zu beziehen durch die Gesellschaft der Freunde des neuen Auslands, Berlin-Pantow, Kavallerstraße 10, durch alle Buchhandlungen sowie durch die Vertriebsstelle des neuen Auslands, Berlin W. 8, Wilhelmstraße 48.

Vom 1. Juli bis 7. Juli ist die 27. Beitragswoche.
Vom 8. Juli bis 14. Juli ist die 28. Beitragswoche.

Sterbetafel.

Danzig. Nach längerer Krankheit starb am 24. Juni an Herzschlag unser Kollege Wilhelm Ullke im Alter von 33 Jahren.

Dresden. Zahlstelle Ramenz. Am 29. Mai schied unser Kollege Hermann Gärner im Alter von nur 27 Jahren freiwillig aus dem Leben.

Ehre ihrem Andenken!